



Informationen aus Land und Kreis

Entfesselungspaket III kommt

Das Landeskabinett hat das Entfesselungspaket III auf den Weg gebracht. Es sieht vereinfachte Planungen und schnellere Genehmigungsverfahren für den Wirtschaftsstandort NRW vor. In einem ersten Schritt hat die Landesregierung das Verfahren zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen eingeleitet. Damit sollen die Planungsverfahren vereinfacht, gestrafft und unkomplizierter gestaltet werden.

nalplanverfahren sollen immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren verkürzt werden.

Zur weiteren Erleichterung und Beschleunigung wirtschaftlicher Aktivitäten ist seit Juli 2018 die elektronische Entgegennahme von Gewerbeanmeldungen durch die Wirtschaftskammern sowie deren elektronische Weiterleitung an die kommunalen Ordnungsbehörden über das Gewerbe-Service-Portal.NRW möglich.



Damit Unternehmen wachsen und Arbeitsplätze schaffen können, wird weiter Bürokratie abgebaut. Neben der Beschleunigung von Regio-

In Kürze sind auch Um- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben sowie die Eintragung in die Handwerksrolle elektronisch möglich. Bis Ende des Jahres kann auch

Themen dieser Ausgabe:

„Sportplatz Kommune“ fördert Sportangebote	2
5.000 ballistische Schutzhelme für die Polizei NRW	2
Änderungen im Kommunalwahlgesetz	3
Glasfaseranbindung von Schulen beschleunigen	3
Erleichterte Nutzung Erneuerbarer Energien	3
Kreisagrarausschuss zu Gast bei Berger und Optendrenk	4
Entwurf des Haushalts 2019 eingebracht	4
Übergangsfinanzierung zur KiBiz-Reform	4
Nachhaltiges und modernes Jagdgesetz	5
Stärkung und Unterstützung der Schülerlotsen	5
Werkstattgespräch zur Zukunft der Feuerwehr	5
Änderungen am Teilhabe- und Integrationsgesetz	6
Wiederbelebung durch Laien weiterentwickeln	6

die Gebührenerhebung über das Gewerbe-Service-Portal.NRW stattfinden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

„Sportplatz Kommune“ fördert Sportangebote für Kinder und Jugendliche

Um die kommunale Sportentwicklung in Nordrhein-Westfalen weiter zu fördern, haben Landessportbund NRW und Staatskanzlei das Förderprojekt „Sportplatz Kommune – Kinder- und Jugendsport in NRW“ vorgestellt. Das Projekt startet 2019 und löst das 2018 auslaufende Pilotprojekt „KommSport“ ab. Bis zu 150 Städte und Gemeinden können in der vierjährigen Projektphase 2019/22 teilnehmen.

Das Förderprojekt „Sportplatz Kommune“ bietet auch dem Kreis Viersen eine gute Chance, seine Sportangebote für Kinder und Jugendliche weiter zu optimieren. Da Sportentwicklungsprozesse nicht mehr alleine auf Landesebene initiiert und durchgeführt werden können, kommt es immer mehr auf die Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Ebene an. „Sportplatz Kommune“ verfolgt daher einen offenen Ansatz, der von den kommunalen Akteuren aktiv mitgestaltet wird.

Kern des Projektes ist eine integrierte Kinder- und Jugendsportentwicklung in Kita, Schule und Sportverein als gemeinsame Aufgabe von Kommunen und gemeinnützigen Sportvereinen. Durch die Bildung von kommunalen Netzwerken werden die relevanten Akteure im Kinder- und Jugendsport dazu angeregt, gemeinsam auf

die örtlichen Gegebenheiten und Erfordernisse für den Kinder- und Jugendsport einzugehen, neue Ideen zu entwickeln und diese dann auch umzusetzen. Durch das Zusammenwirken der kommunalen Partner entsteht so ein passgenaues Angebot für die Kinder und Jugendlichen vor Ort.

Das Projekt gliedert sich in zwei Beteiligungsphasen. Die ausgewählten Standorte erhalten in der zweijährigen „aktiven Pha-



se“ eine finanzielle Maßnahmenförderung, um die entwickelten Ideen umzusetzen. Danach können die Städte und Gemeinden bis zum Ende der Gesamtlaufzeit als „Projekt-Standorte“ weiter an Austauschtreffen oder Workshops teilnehmen. Die Ausschreibung läuft bis Mitte Oktober, die Auswahl der Standorte ist bis zum Jahresende geplant.

Interessierte können sich per Mail vorab beim Landessportbund NRW informieren unter sportplatz-kommune@lsb.nrw

5.000 ballistische Schutzhelme für die Polizei NRW



Foto: © animaflora - Fotolia

ausgestattet werden, sind ein weiterer Baustein für mehr Sicherheit im täglichen Dienst. Die Spezialhelme schützen die Polizisten vor allem im Frontbereich vor Be-

schuss aus Schnellfeuerwaffen, Messerstichen, Flammen und Säure. Bis Ende des Jahres sollen alle Streifenwagen der Polizei Nordrhein-Westfalen mit den ballistischen Schutzhelmen ausgestattet sein. Dafür sind rund 18 Millionen Euro eingeplant.

Bisher gab es vergleichbare Schutzhelme lediglich bei den Spezialeinheiten. Doch auch im täglichen Dienst kann es jederzeit zu gefährlichen Situationen kommen, die ein Maximum an Schutz erfordern. Deshalb sind die neuen Helme eine Investition in die Sicherheit unserer Polizisten.

Kabinett beschließt Änderungen im Kommunalwahlgesetz

Das Landeskabinett hat einen Gesetzentwurf beschlossen, der unter anderem die weitgehende Abschaffung der 2,5 Prozent-Sperrklausel für Kommunalwahlen und Regelungen für die künftige Direktwahl der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr vorsieht.



Foto: © pixelpower - Fotolia

Zudem soll es Wahlorganen wie zum Beispiel Wahlvorständen in Wahllokalen künftig verboten sein, ihr Gesicht zu verhüllen. Mit der Neuregelung soll eine offene und ver-

trauensvolle Kommunikation sichergestellt werden.

Das Zeitfenster für die Kommunalwahlen im Herbst 2020 soll auf den Monat September ausgeweitet werden. Nach bisheriger Rechtslage könnte die Wahl nur im Monat Oktober, in dem auch die zweiwöchigen Herbstferien liegen, stattfinden. Durch die geplante Gesetzesänderung wird die Terminierung des Wahltags flexibler.

Daneben soll den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen mehr Zeit gegeben werden, um über eine mögliche Verkleinerung des eigenen Gremiums zu entscheiden. Die Frist soll bis zum 31. Juli 2019 verlängert werden, sodass sie dem üblichen Abstand von 15 Monaten zum Ablauf der Wahlperiode entspricht.

Neue Förderrichtlinie beschleunigt Glasfaseranbindung von Schulen

Damit bis Ende 2022 alle Schulen an eine zukunftsfeste digitale Infrastruktur angeschlossen werden können, wurde eine neue Förderrichtlinie des Wirtschaftsministeriums zur Glasfaseranbindung an Schulen gestartet. Dort, wo der eigenwirtschaftliche Ausbau durch die Telekommunikations-Unternehmen nicht ausreicht, stehen pro Anbindung eines Schulgeländes ab sofort bis zu 300.000 Euro Fördermittel zur Verfügung. Auch die monatlichen Kosten für den Internetanschluss werden mit bis zu 150 Euro für die Dauer von drei Jahren gefördert.

Die vom Land eingesetzten Geschäftsstellen Gigabit.NRW bei den fünf Bezirks-

regierungen informieren und beraten die Schulträger in allen Fragen rund um den Ausbau



Foto: © goodloz - Fotolia

der digitalen Infrastruktur. Darüber hinaus führen sie auch die Antrags- und Bewilligungsverfahren durch. Die zuständigen Ansprechpartner unter weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Erleichterte Nutzung Erneuerbarer Energien



Foto: © Yvonne Weis - Fotolia

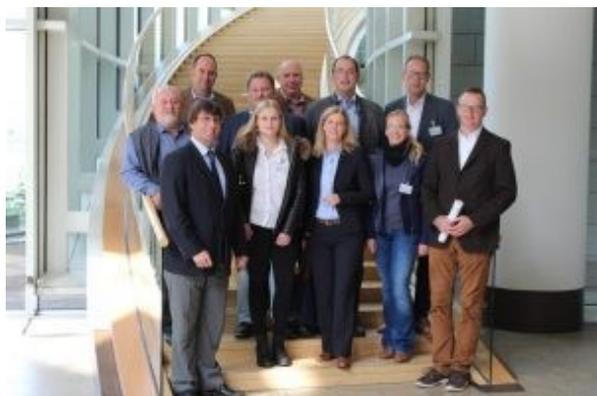
In Nordrhein-Westfalen werden nutzbare Erdwärmepotenziale in größeren

Tiefen vermutet, deren Untersuchung, Erkundung und Erschließung durch die Vorgängerregierung faktisch verhindert wurde. Mit der Aufhebung des sogenannten Bohrerlasses vom 18. November 2011 werden nun diese Hemmnisse zur Nutzung der Tiefengeothermie in Nordrhein-Westfalen beseitigt. Die Gewinnung von Erdenergie ist damit leichter als bisher.

Kreisagrarausschuss zu Gast bei Berger und Optendrenk

Landwirtschaft und Politik im Kreis Viersen machen sich große Sorgen um eine Ausdehnung der für Menschen ungefährlichen Schweinepest; nur 60 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt sind in Belgien erste Fälle aufgetaucht. Für die Schweinehalter im Kreis Viersen könnte eine Ausdehnung existenzgefährdend sein.

Dieses Problem wurde beim Treffen des Kreisagrarausschusses Viersen mit den Abgeordneten Berger und Optendrenk dis-



kutiert. Weitere Themen waren die Novelisierung des Jagdgesetzes sowie eine Initiative des nordrhein-westfälischen Landtags für ein kontrolliertes digitales Register über Käufer und Verkäufer von Gülle.

Peter Joppen, Vorsitzender des Kreisagrarausschusses: „Mit der neuen Landesregierung gehen viele Entscheidungen für die Landwirte in die richtige Richtung. Der Kreisagrarausschuss wird weiter die Anliegen der Landwirte in die christdemokratische Politik tragen.“

Berger und Optendrenk wiesen ausdrücklich darauf hin, dass die europäischen Fördertöpfe so ausgestaltet sein müssten, dass auch künftig kleine und mittlere Betriebe Förderung erhalten könnten. Landwirtschaftliche Flächen müssten in den Händen von Familien bleiben und dürften bei gestiegenen Preisen nicht Spielball internationaler Konzerne werden.

Entwurf des Haushalts 2019 in den Landtag eingebracht

Der Haushaltsentwurf für das nächste Jahr sieht als Kernpunkte einen Überschuss von 30 Millionen Euro vor, weitere Investitionen in das Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen und gesteigerte Einsparungen in Höhe von 185 Millionen Euro gegenüber 131 Millionen Euro im vergangenen Jahr. Der Überschuss kann zur Schuldentilgung verwendet werden. Nach der schwarzen Null in diesem Jahr wird der Landeshaushalt künftig schwarze Zahlen schreiben.

NRW kann seine Schulden weiter abbauen

Beim Abbau seiner Schulden ist NRW in den vergangenen Monaten weiter vorangekommen. Laut Statistischem Bundesamt war das Land Ende Juni 2018 mit 172,1 Milliarden Euro verschuldet, 3,2 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Bei den NRW-Kommunen summierten sich die Schulden zum Ende des 1. Halbjahres 2018 auf 53,0 Milliarden Euro, 3,7 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Übergangsfinanzierung zur KiBiz-Reform



Foto: © shmel - Fotolia

Das Landeskabinett hat ein Übergangsjahr bis zur Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) 2020/21 mit einem Gesamtvolumen von gut 450 Millionen Euro für

die Kita-Träger beschlossen. Damit werden ein nahtloser Anschluss an die Finanzierung des Kita-Träger-Rettungsprogramms und einreibungsloser Übergang zur großen KiBiz-Reform gewährleistet. Die Träger erhalten Planungssicherheit, bereits eingeleitete Stabilisierungsmaßnahmen, ein guter Personalschlüssel und Qualität in der Kindertagesbetreuung können weiterentwickelt werden.

Nachhaltiges und modernes Jagdgesetz

Mit dem in den Landtag eingebrachten Jagdgesetz wird das Jagdrecht in Nordrhein-Westfalen weiterentwickelt: nachhaltig statt bürokratisch und modern statt ideologisch. Die Jägerinnen und Jäger be-



Foto: © nomox - Fotolia

kommen ein großes Stück Eigenverantwortung zurück, immer im Dialog mit den Jagdbehörden, die ihrerseits die Belange der Jäger mit denen des Umwelt- und Na-

turschutzes abwägen. So können die Jägerinnen und Jäger dann dem nachkommen, was eigentlich ihre Aufgabe und ihre Passion ist: Sie sind wieder für einen gesunden und artgerechten Wildbestand und die Hege der Tiere sowie deren Lebensgrundlagen zuständig.

Hege und Waidgerechtigkeit stehen wieder im Vordergrund. Damit die Jäger sich um alle Tiere kümmern können, die dem Jagdrecht unterliegen, werden wieder mehr Tierarten in das Landesjagdgesetz, zum Teil mit ganzjähriger Schonzeit, aufgenommen. So können die Jäger in Nordrhein-Westfalen helfen, Tierseuchen einzudämmen, Biotop zu schaffen, den Wildtierbestand zu dokumentieren und ein Gleichgewicht in unserer dicht besiedelten Kulturlandschaft herzustellen. Das ist geliebter Artenschutz.

Stärkung und Unterstützung der Schülerlotsen

Im vergangenen Jahr sicherten in Nordrhein-Westfalen landesweit rund 3.700 ehrenamtliche Verkehrshelfer, wie die Schülerlotsinnen und Schülerlotsen offiziell genannt werden, die Straßen im Umfeld von Schulen. Zusammen mit Lehrern, der Polizei und tausenden ehrenamtlichen Helfern stehen sie bereit, wenn sich die Kinder das erste Mal in ihrem Leben allein auf den Weg durch den Straßenverkehr machen. Um die Verkehrserzieher zu stärken, will die NRW-Koalition prüfen, ob sie die Ehrenamtskarte NRW beantragen können. Zudem sollen die Kindergärten bei der Verkehrserziehung der Kleinsten genauso wie die Grundschulen bei der Fahrausbildung unterstützt werden.

Das selbstständige Erkunden des Schulwegs leistet einen wichtigen Beitrag zur Ent-



Foto: © Gerhard Seybert - Fotolia

wicklung einer selbstbewussten Persönlichkeit und fördert deren Sozialkompetenz. Durch die Verkehrserziehung lernen die Kinder, im Straßenverkehr viele neue Situationen richtig einzuschätzen und mögliche Gefahren rechtzeitig zu erkennen.

Werkstattgespräch zur Zukunft der Feuerwehr

Zum Thema „Die Zukunft der Feuerwehr – Mitdenken. Umdenken. Vordenken.“ diskutierten mehr als 180 Feuerwehrleute aus ganz Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit Innenminister Herbert Reul, Hartmut Ziebs, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, und Experten über Her-

ausforderungen und Zukunftsfragen für Berufs- und freiwillige Feuerwehr.

Die Anregungen, Verbesserungsvorschläge und kritischen Anmerkungen sorgten für einen lebendigen Meinungsaustausch. Von einer stärkeren Integration der Feu-

erwehrrückführungskräfte in die Verwaltung über den Wunsch nach besserer länderübergreifender Kooperation im Beneluxraum bis hin zu Vorschlägen für wirkungsvolle Anreizsysteme im Ehrenamt reichte dabei die Themenpalette. Die Anregung, mehr Kapazität für die Aus- und Fortbildung zur Verfügung zu stellen, fand ebenso große Unterstützung wie die Forderung,

Sonderdezer-nate für die Bekämpfung von Gewalt gegen Einsatzkräfte zu bilden.



Foto: © wellphoto - Fotolia

Änderungen am Teilhabe- und Integrationsgesetz

Die Gemeinden sollen im Jahr 2018 zusätzliche Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro zur Entlastung bei Maßnahmen der Integration von Flüchtlingen erhalten. In



Foto: © wellphoto - Fotolia

einer Anhörung zu der Gesetzesänderung wurde dieser Schritt als Zeichen der finanziellen Anerkennung

der Integrationsarbeit vor Ort anerkannt und von vielen Seiten begrüßt.

Mit diesen Änderungen werden eine größere Verbindlichkeit bei der Flüchtlingsintegration geschaffen und die Kommunen gestärkt. Insgesamt belaufen sich die in 2018 geplanten flüchtlingsbedingten Zuweisungen an die Kommunen auf rund 1,6 Milliarden Euro. Die Landesregierung setzt damit ein klares Signal der Wertschätzung für die unverzichtbare Integrationsarbeit in den Kommunen.

Wiederbelebung durch Laien weiterentwickeln

Laienreanimation kann die Überlebenschancen im Ernstfall deutlich erhöhen. Doch viele trauen sich nicht, weil ihnen die Kenntnis über Wiederbelebungsmaßnahmen fehlt. Deshalb soll künftig Reanimation an allen Schulen des Landes gelehrt und somit das erfolgreiche Modellprojekt „Laienreanimation an Schulen“ ausgebaut werden.

Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass Kurzschulungen an Schulen und in Büros die Laienreanimationsrate auf mehr als 70 Prozent steigern. In Deutschland dagegen helfen nur rund 37 Prozent der Bürger im Ernstfall. Nun wird die Anschaffung zusätzlicher Übungspuppen

überprüft. Zudem soll die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern ausgedehnt werden.



Foto: © suprak - Fotolia

Dazu wird geprüft, ob im bestehenden Finanzrahmen Aufwandsentschädigungen für die Durchführung von Schulungen möglich sind. Nach dem Auslaufen des Modellprojektes 2020 soll ein Konzept vorgelegt werden, dass das Thema dauerhaft in den Schulalltag integriert.

Dr. Stefan Berger & Dr. Marcus Optendrenk
CDU Kreisverband Viersen
Goetersstr. 54, 41747 Viersen



[Marcus Optendrenk](#)



[Marcus Optendrenk](#)

[Stefan Berger](#)